

Wie sehen die Grundzüge der internationalen Ordnung aus? Welchen Platz nimmt Deutschland in der Weltpolitik ein, und welche Interessen sind seiner Rolle angemessen? Die bipolare Welt des Kalten Krieges ist nun seit zwanzig Jahren passé. Die propagierte unipolare Ausrichtung auf die USA dauerte nur einen Wimpernschlag in der Weltgeschichte. Und eine multipolare Weltordnung ist derzeit nicht in Sicht.

Vielmehr leben wir heute in einem neuen Zeitalter, das die Welt neu aufteilt, – in eine postmoderne, moderne und prämoderne Weltzone (vergleiche Robert Cooper, „Gibt es eine neue Weltordnung?“, in: Dieter Senghaas, *Frieden machen*, Frankfurt/Main 1997; Ulrich Menzel, „Comeback der drei Welten: Der amerikanische Sonderweg und die Alternativmacht Europa“, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 2003, 12).

Die neue Weltordnung

Die postmoderne Welt, im Kern die Europäische Union, ist durch Integration, offene Grenzen, Toleranz, Wohlstand und Frieden charakterisiert. Auf dem Weg nach Westen wurde 1949 die Bundesrepublik und 1990 das wiedervereinte Deutschland Teil dieser Ordnung. Sie umfasst auch Nordamerika und damit eine Sphäre, die Hannah Arendt als „transatlantische Zivilisation“ umschrieben hat. In dieser europäisch zentrierten Postmoderne liegt der außenpolitische Schwerpunkt, hier fühlt sich Deutschland unter seinesgleichen und gutnach-

barschaftlich aufgehoben. Entsprechend erfolgreich entwickelte sich die Bonner Republik bis 1989 zum Motor der europäischen Integration, aber auch zum moderierenden Machtfaktor im rivalisierenden Kräftefeld zwischen London–Paris–Washington. Nach der Befreiung der mittel- und osteuropäischen Staaten vom kommunistischen Joch und im Zuge der EU- und NATO-Erweiterung ist diese zentrale Aufgabe der Bundesrepublik jedoch viel schwieriger geworden. Wird nach zwanzig Jahren die Berliner Republik dieser Schlüsselrolle noch gerecht? Welche Rolle spielt Deutschland in dieser postmodernen Welt, die sich in permanenter Entwicklung befindet und als zivilisatorisches Vorbild auf andere Weltregionen positiv ausstrahlen möchte?

In der zweiten Zone, der klassischen Moderne, dominieren die Vorstellung vom Machtgleichgewicht und das Recht auf Kriegsführung, staatliche Souveränität, die strikte Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik, das Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten und die Respektierung von Gewalt als letzter und höchster Sicherheitsgarantie. Von dieser Welt sucht sich die Bundesrepublik als Kind und Protagonist der postnationalen Welt zu distanzieren. Gleichwohl tritt sie auch hier auf, bevorzugt in Gemeinschaftsinstitutionen wie der UNO. Ab 1990 wurde sie jedoch unfreiwillig und schneller als gedacht in Konflikte und Kriege in dieser Zone mit hineingezogen.

Die dritte, die prämoderne Weltzone, bisweilen identisch mit Staaten der Dritten Welt, ist geprägt durch geschwächte und gescheiterte Staaten in Afrika, Lateinamerika und im Nahen und Mittleren Osten. Hier liegen die Wurzeln und Zentren des Terrorismus und die Verbindungslinien zwischen Terrorismus, neuen Kriegen und neuen globalen Problemen wie Hunger, Seuchen, organisierter Kriminalität und Menschenhandel. Aber nicht nur Somalia, Afghanistan, Irak oder Pakistan gehören dazu, in mancher Hinsicht auch der Balkan sowie Gebiete der früheren Sowjetunion, die als prämoderne Spitze bis nach Europa hineinragen.

Deutschlands Rolle in der neuen Weltordnung

Nach zwanzig Jahren stellt sich heute die Frage nach der deutschen „Performance“ in allen drei Weltregionen. Legt man die von Michael Mann in seiner Geschichte der Macht beschriebenen vier Machtressourcen zugrunde – politische, ökonomische, militärische und kulturelle Macht –, dann stellt sich die Frage nach dem außenpolitischen Machtportfolio: Wo zeigt sich Deutschlands Einfluss nachhaltig und eindrucksvoll, wo lassen sich Schwächen nachweisen? Was bedeutet dies nun für Deutschlands Rolle in einer dreigeteilten Welt?

Aufgabe in der postmodernen Welt

Die europäische Postmoderne steckt in der Krise, nicht nur wirtschaftlich. Auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erscheint illusorisch. Kein Wunder, dass die Europäer sich verstärkt auf ihre nationalen Belange konzentrieren, zumal Brüssel für die Fülle der Probleme keine durchschlagenden gemeinsamen Konzepte bereithält. Seit dem Irakkrieg erscheint Europa zudem gespalten: in ein atlantisch verankertes und in ein Europa, das sich in Distanz zu den USA

als eigenständiger Faktor in einer multipolaren Welt verwirklichen möchte. Nicht ohne Erstaunen konstatiert man, dass das alte Westeuropa die Distanz, das neue (früher zum Ostblock gehörige) Europa der jungen mitteleuropäischen Demokratien dagegen die Nähe zu den USA sucht. Vor diesem Hintergrund gibt es zu viele innereuropäische Gegensätze mit Blick auf Russland, in der Energiepolitik, in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik.

Während Bundeskanzler Schröder mit Kritik gegenüber der Regierung Bush nicht sparte, allerdings gleichzeitig Putin zum lupenreinen Demokraten adelte, stellt Bundeskanzlerin Merkel die Außenpolitik gegenüber den beiden Weltmächten zwar nicht gleich vom Kopf auf die Füße, aber sie relativiert doch manches: Mit der Liebedienerei von Bundeskanzler Schröder gegenüber Moskau ist es vorbei. Vielmehr agiert Deutschland umsichtig, kann aber die Führungsschwäche der USA nicht ausgleichen und Europas stockende Integration allein nicht wiederbeleben. Deshalb erscheint derzeit die Welt der atlantischen Demokratien geschwächt und dazu energiepolitisch abhängig von Regimes, die dem Westen alles andere als gewogen sind. Allerdings hat die Bundeskanzlerin Europas umweltpolitisches Verantwortungsbewusstsein gestärkt.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise setzt allerdings heute andere Prioritäten. Jetzt muss die Kraftlosigkeit der Industrienationen überwunden werden. Gemeinsam mit den USA suchen die Europäer nach neuen Wegen aus dieser Krise, die die postmoderne Welt, aber noch stärker die moderne und prämoderne Weltregion befallen hat.

Aufgrund der enormen strukturellen und wirtschaftlichen Schwächen, wie sie im Zuge der Finanzkrise zutage treten, bleibt der Handlungsspielraum der USA als transatlantischer Führungs-

macht wie auch als Weltordnungsmacht eingeschränkt. Deutschland ist deshalb gut beraten, für ein atlantisch verankertes Europa einzutreten, das Solidarität und kritische Aufmerksamkeit gegenüber Washington klug zu verbinden weiß.

Rückkehr in die klassische Weltpolitik

In der zweiten Sphäre der klassisch-modernen Außenpolitik, wo das Machtkalkül vorherrscht und die nationalen Rivalitäten dominieren, tritt Deutschland vorsichtig vermittelnd wie zum Beispiel bei der Irankrise auf. Vor allem die UNO bleibt für globale Kooperation und für Deutschlands Rolle in der Welt zentral. Konsequenterweise besteht Berlin auf der Forderung nach einem Sitz im Sicherheitsrat, obwohl dieses Ansinnen unter der rot-grünen Bundesregierung kläglich gescheitert war, weil guter Wille und finanzielles Engagement nicht ausreichen, um in den globalen Führungszirkel zu gelangen.

Deutschland setzt in dieser modernen Zone der klassischen Weltpolitik zu einseitig auf Soft Power, die aber an den harten Schalen der Machtpolitik wirkungslos abzuprallen droht, vor allem wenn sich Deutschland von seinem wichtigsten Verbündeten, den USA, distanziert. Damit wurde Deutschland unter Führung der Regierung Schröder-Fischer im Zuge des Irakkrieges nicht nur für die USA zum unzuverlässigen Partner, sondern gefährdete dadurch auch seine Sicherheit. Auf sich allein gestellt oder nur in europäischen Gemeinschaftsinstitutionen verankert, wäre Deutschland ohne den militärischen Schutz der USA gerade im Umgang mit autoritären Großmächten wie Russland oder China nur sehr eingeschränkt in der Lage, sich selbst zu behaupten.

In der dritten, prämodernen Sphäre der rückständigen und zerfallenden Staaten hat Deutschland seit dem 11. Septem-

ber 2001 und im Zuge des Krieges gegen den Terrorismus Engagement bewiesen. In dieser Welt, wo die Schattenseiten der Globalisierung besonders zutage treten, leistet Deutschland zunehmend eigene Beiträge, vorwiegend im Gemeinschaftsrahmen. So beteiligt sich Deutschland im Nahen Osten im Rahmen der EU und gemeinsam mit den USA an diplomatischen Aktivitäten zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes. Auch engagiert sich Deutschland im Rahmen der NATO und EU mit Seestreitkräften bei der Überwachung des Waffenembargos im Mittelmeer mit Blick auf den Libanon und bei der Eindämmung der Piraterie vor Somalia. Nach der Entführung von drei deutschen Handelsschiffen im April 2009 verstärkt Deutschland seinen Einsatz bei Atalanta am Horn von Afrika zum Schutz der Schifffahrtswege.

In Afghanistan steht Deutschland vor schweren Aufgaben, weil sich die Sicherheitslage auch im Norden verschärft und der Druck der Partner in der NATO nach größerem Engagement Deutschlands im Süden sich vergrößert. Aber in Afghanistan mangelt es an couragierter Solidarität mit den kämpfenden Verbündeten und an einer überzeugenden zukunftsorientierten Strategie zur Bekämpfung von El Kaida und Taliban.

Vernetzte Sicherheit als Mantra vor sich herzutragen reicht nicht aus. Dieses Konzept, von Deutschland als innovativ bezeichnet und entwickelt, muss sinnvoll angewandt werden und darf vor allem den militärischen Kern von Sicherheit nicht verwässern oder gar auflösen.

Auch wegen seiner großen Abhängigkeit von Energie ist Deutschland mit der modernen und prämodernen Welt auf vielfältige Weise verbunden. Seit Russland droht, Europa den Gashahn abzudrehen, wird sich Deutschland seiner hochgradigen Energieabhängigkeit bewusst. Russland geriert sich energiepolitisch als sehr selbstbewusste Weltmacht.

Aus Lateinamerika droht ebenfalls Unge-
mach, wenn die Präsidenten von Vene-
zuela und Bolivien mit der Verstaatli-
chung der Öl- und Gasexporte Ernst ma-
chen und nicht davor zurückschrecken,
Konflikte um Öl und Gas anzufachen.

Im Nahen Osten, in Asien, in Latein-
amerika verschärfen energiepolitische In-
teressenverflechtungen vorhandene Kon-
flikte und bergen den Keim für neue. Doch
das gesamte neue Machtspiel um Erdöl,
Erdgas und Pipelines ist für Deutschland
noch Neuland (Frank Umbach, „Energie
für das 21. Jahrhundert“, in: *IP*, 2/2006).
Folglich wird eine neue Energiepolitik
dringlich, um Deutschlands Zukunft als
Industrialisierung zu sichern. Eine Neube-
wertung der Kernkraft ist überfällig (Um-
bach, *IP* 2/2006).

Deutschland darf nicht schon wie-
der, diesmal in der Energiepolitik, einen
Sonderweg einschlagen. Weniger Ab-
hängigkeit von Russland und eine posi-
tive Bewertung der Atomkraft würden
Deutschland energiepolitisch stärken, eu-
ropäisch gemeinschaftlich aufrichten und
seine weltweit führende Rolle im Bereich
der Energietechnologien sichern und aus-
bauen.

Zwischen Nation und Integration

Die erfolgreiche Westintegration der Bun-
desrepublik erbrachte eine Multilateralis-
ierung deutscher Außenpolitik, die eine
völlig neue und wertvolle Tradition für
die Außenpolitik der Bundesrepublik be-
gründet hat. Dabei wurde allerdings fata-
lerweise die Nation dämonisiert, die euro-
päische Integration dagegen idealisiert.
Dämonisierung der nationalen Interes-
senpolitik und Idealisierung der gemein-
schaftsorientierten Außenpolitik der Bun-
desrepublik bilden unangemessene Pole.
Deshalb darf das vereinte Deutschland
angesichts dramatischer Renationalisie-
rungstendenzen in Europa und in der
Welt angesichts der Krisen einer ge-
meinschaftlich orientierten Außenpolitik

die Dämonisierung nationaler Interessen
und die Idealisierung der Gemeinschafts-
interessen nicht länger hinnehmen. Eine
neue Balance zwischen Nation und Inte-
gration muss in der Interessenwahrneh-
mung verwirklicht werden, wobei um-
sichtig auf die unterschiedlichen Aggre-
gatzustände in der Weltpolitik Rücksicht
genommen werden sollte: Während in
der postmodernen Welt eine kooperative
Grundstimmung vorherrscht, weht in
der prämodernen Welt ein ganz anderer
Wind.

Grundsätzlich wird Deutschlands
Rückkehr in die Weltpolitik nur dann ge-
lingen, wenn es nachdrücklicher als bis-
her nationale Interessen verfolgt. Seitdem
die dunklen Seiten der Globalisierung
zutage treten, Kriege sich ausbreiten,
Terrorismus um sich greift und die Welt-
wirtschaftskrise bedrohliche Ausmaße
annimmt, ist Deutschland in allen drei
Welten mehr gefordert, agiert aber noch
in den drei Sphären der Weltpolitik zu
verhalten: In der EU ist Deutschlands
Rolle als ausgleichender und kraftvoller
Partner schwächer geworden. Deshalb
hat Deutschlands Maklerrolle im trans-
atlantischen Rahmen Einbußen hinneh-
men müssen. Andere Staaten dehnen auf
Kosten deutschen Einflusses ihr trans-
atlantisches Betätigungsfeld aus. Frank-
reich ist unter der machtbewussten Füh-
rung von Präsident Sarkozy auf dem Weg
zur Führungsmacht der EU und setzt die
Akzente in den transatlantischen Bezie-
hungen neu. Das wird von Präsident
Obama besonders gewürdigt, seitdem
sich Paris politisch und militärisch auch
außerhalb Europas für die Belange des
Westens starkmacht, während Deutsch-
land zögert und zittert.

Deutschland ist noch nicht isoliert,
aber seine Zaghafteigkeit in Afghanistan,
sein energiepolitischer Illusionismus, sei-
ne größere Distanz zu den USA und seine
machtvergessene Naivität bei vielen Be-
langen von nationalem und westlichem

Interesse irritieren die Partner zunehmend.

Der trügerische und schöne Schein der 1990er-Jahre ist vorbei. Die dunklen Seiten der Globalisierung haben im Zuge von islamistischem Terrorismus und Weltwirtschaftskrise überhandgenommen.

Weichzeichnung der Weltlage

Doch in Berlin spricht man lieber über innere Sicherheit und Arbeitsplätze. Die internationale Dimension der Krise wird weitgehend ausgeblendet. Deutschland präsentiert sich am liebsten als vorbildliche Zivilmacht, der die anderen, auch die USA, nacheifern sollten – selbst in Afghanistan. Ist hier nicht ein gewisser Realitätsverlust zu konstatieren? Wenn das Mantra der vernetzten Sicherheit allein auf die zivile Komponente verkürzt und damit die militärische unterbewertet wird, dann werden die Auslandseinsätze der Bundeswehr weitgehend sinnlos. Wer mitbestimmen will, wer auf Augenhöhe ernst genommen werden will, der muss gerade in gefährlichen Situationen solidarisch mit anpacken. Da darf man nicht beiseitestehen, vor allem wenn die Partner militärisch unter Feuer geraten. Ansonsten bleibt man besser zu Hause, denn Drückebergerei und finanzieller Freikauf kommen noch schlechter an.

Nicht nur Afghanistan, sondern die gesamte krisengeschüttelte Weltlage wird in Berlin weichgezeichnet und schöngeredet. Keiner wagt, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken, schon gar nicht im Wahlkampf. Deshalb obsiegt zipfelmütziger Provinzialismus.

Es überrascht daher nicht, dass Außenpolitik heute in Deutschland nicht mehr bewusstseinsbildend wirkt, denn der Ansehensverlust ist alles andere als eine Quelle von Freude oder Stolz. In Berlin wird weitgehend verdrängt, dass Deutschland weltweit ein Einbruch an Prestige und Einfluss droht. Die Besuchs-

diplomatie von Präsident Obama und Außenministerin Clinton führt drastisch vor Augen: Berlin wird von Washington buchstäblich links liegen gelassen, während Nicolas Sarkozy von Barack Obama hofiert wird. Das ist aus amerikanischer Sicht konsequent, zumal die Bundesregierung keine Anstalten macht, der kraftlosen Politik entschlossen gegenzusteuern.

Das deutsche Selbstverständnis als Zivilmacht ist zwar nicht ohne Charme, aber es reicht nicht aus für Selbstbehauptung und internationalen Respekt in schwierigen Zeiten. Deutschlands militärische Drückebergerei in Afghanistan überschattet deshalb alle anderen Leistungen auf fatale Weise. Da kann auch die ohnehin verblasste kulturelle und wissenschaftliche Attraktivität Deutschlands kaum mehr ins Spiel gebracht werden.

Hing die deutsche Weltgeltung jahrzehntelang an der ökonomischen Macht, so erscheint auch diese heute im Zuge der Wiedervereinigung, durch Überforderung des Sozialstaates und aufgrund der Weltwirtschaftskrise aufgebraucht. Die Wirtschaftsschwäche gefährdet also nicht nur Arbeitsplätze, sondern Deutschlands Einfluss in der Weltpolitik.

Insgesamt gesehen, steht also Deutschland wegen seiner machtvorgessenen Grundeinstellung in dieser neuen machtbewussten Weltordnung auf wackeligen Beinen. *Soft Power* reicht für kluge Machtpolitik nicht aus. Da hilft kein Singen und kein Beten: Das zivilisatorische Selbstverständnis allein hat in die Sackgasse, in die internationale Isolierung geführt. Moralischere Besserwisseri aus Berlin löst nun auch noch Schadenfreude aus: "Don't talk about war with the Germans", flüstert man sich international in Diplomatenkreisen zu. Der selbstgerechte Pazifismus isoliert die Deutschen zunehmend.

Bescheidenheit, Selbstkritik und praktische Solidarität in Krisenzeiten sollten

deshalb schnellstmöglich in den außenpolitischen Alltag zurückkehren. Denn in der derzeitigen Verfassung ist Deutschland noch lange nicht für weltpolitische Gestaltungskraft gewappnet. Doch die Notwendigkeit einer kraftvollen, auch opferbereiten Selbstbehauptung im eigenen Interesse ist im Bewusstsein der Eliten und der Bevölkerung noch längst nicht angekommen. Außen-, insbesondere sicherheitspolitische Trittbrettfahrer-Mentalität und ein entsprechendes weltpolitisches Nischenbewusstsein werden bevorzugt.

Entschlossen und solidarisch

Deutschland muss also mehr selbst gestalten. Eigenständige und vorausschauende Konzepte müssen her. Bei Gemeinschaftsunternehmungen wie zum Beispiel bei der NATO-Strategie sollten die besten Köpfe mitwirken.

Bescheidenheit, Berechenbarkeit und Solidarität müssen in die deutsche Außenpolitik zurückkehren. Dabei gilt es, nationale Interessen in Balance mit dem europäischen Gemeinschaftsinteresse zu halten und die Solidarität mit den USA wiederherzustellen. Im Zuge einer solchen Neuausrichtung kann Deutschland wieder zum respektierten Partner werden, um dann vielleicht wieder zum Stabilitätsanker der postmodernen europäisch-atlantischen Welt aufzusteigen.

Deutschland kann nur eine Schlüsselrolle in der internationalen Politik spielen, wenn es sich in allen drei Weltzonen behauptet und angemessen auf die Herausforderungen reagiert, die seit dem 11. September 2001, dem Kampf gegen den Terror und der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden sind. Dabei bleiben die USA Deutschlands wichtigster und unersetzbarer Partner. Wenn die USA stark sind und klug füh-

ren, geht es Deutschland gut. Ist dies nicht der Fall, verliert Deutschland seine Orientierung. Der Irakkrieg mit seinen Nachwehen hat dies bestätigt.

Nur die USA können trotz derzeitiger Schwächen die Rolle einer demokratischen Weltordnungsmacht ausfüllen. Andere demokratische Mächte bieten keine Alternative. Aspirationen anderer, autoritärer Großmächte, die USA abzulösen, würden Weltunordnung, also Freiheits- und Demokratieverlust, mit sich bringen. Auch dies sollte in Berlin klarer und nachhaltiger bedacht werden. Vor diesem Hintergrund hat deutsche Außenpolitik seit 1998 in allen drei Weltregionen auf unterschiedliche Weise Einbußen hinnehmen müssen, besonders während der rot-grünen Regierung. Aber auch in der Großen Koalition war die SPD der Bremser für eine kraftvolle außenpolitische Neuausrichtung. Ihr Antiamerikanismus, ihre naive Einschätzung der russischen Politik, ihre absurde Antinuklearteologie und ihre Unfähigkeit, die Bundeswehr kraftvoll im Interesse von Freiheit und Ordnung einzusetzen, haben der deutschen Außenpolitik Schaden zugefügt.

So bleibt zu hoffen, dass nach der Bundestagswahl im Herbst eine unionsgeführte Regierungskoalition mit der FDP endlich wieder eine deutsche Außenpolitik betreiben wird, die die Interessen und Wertvorstellungen Deutschlands und der westlichen Welt couragiert verfolgt. Zu lange hat die SPD eine notwendige Anpassung an die neuen Realitäten verhindert. Eine entsprechend offene und selbstkritische Diskussion in Öffentlichkeit, Bundestag und in der neuen Bundesregierung über Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik ist deshalb nach der Bundestagswahl im deutschen Interesse überfällig.